



Offenlegungsbericht der Sparkasse Mecklenburg – Schwerin

Offenlegung nach § 26 a KWG zum 31. Dezember 2012

und

**Offenlegung nach § 7 Instituts-Vergütungsverordnung
(Vergütungsbericht)**



Inhaltsverzeichnis

0	Abkürzungsverzeichnis	3
1	Einleitung	4
2	Risikomanagement (§ 322 SolvV)	4
3	Anwendungsbereich (§ 323 SolvV)	4
4	Eigenmittelstruktur (§ 324 SolvV)	4
5	Angemessenheit der Eigenmittel (§ 325 SolvV)	5
6	Adressenausfallrisiko Allgemein (§ 327 SolvV)	6
6.1	Bruttokreditvolumen nach risikotragenden Instrumenten und geografischen Hauptgebieten	7
6.2	Hauptbranchen und Restlaufzeiten nach kreditrisikotragenden Instrumenten	7
6.3	Definition „in Verzug“ und „notleidend“ (§ 327 Abs. 1 Nr. 1 SolvV)	9
6.4	Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptbranche	9
6.5	Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptgebiet	10
6.6	Bildung und Entwicklung der Risikovorsorge (§ 327 Abs. 1 Nr. 2 SolvV)	10
7	Adressenausfallrisiko KSA (§ 328 SolvV)	11
8	Adressenausfallrisiko Beteiligungen (§ 332 SolvV)	13
9	Adressenausfallrisiko Verbriefungen (§ 334 SolvV)	14
10	Kreditrisikominderungstechniken (§ 336 SolvV)	14
11	Marktrisiko (§ 330 SolvV)	15
12	Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene (§ 333 SolvV)	16
13	Operationelles Risiko (§ 331 SolvV)	16
14	Derivative Adressenausfallrisiko- und Aufrechnungspositionen (§ 326 SolvV)	17
15	Information zum Vergütungssystem nach § 7 Instituts-Vergütungsverordnung (Vergütungsbericht)	17
15.1	Qualitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 InstitutsVergV	17
15.2	Quantitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 InstitutsVergV	18



0 Abkürzungsverzeichnis

a. F.	Alte Fassung
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
EWB	Einzelwertberichtigung
HGB	Handelsgesetzbuch
InstitutsVergV	Instituts-Vergütungsverordnung
IRBA	Auf internen Ratings basierender Ansatz (Internal Ratings-Based Approach)
KRMT	Kreditrisikominderungstechniken
KSA	Kreditrisiko-Standardansatz
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute
PWB	Pauschalwertberichtigungen
SolvV	Solvabilitätsverordnung

Hinweis

Die Tabellen enthalten auf TEUR gerundete Beträge, so dass es bei der Zusammenrechnung der Werte einzelner Spalten bei der Gesamtsumme zu Rundungsdifferenzen kommen kann.

1 Einleitung

Mit dem vorliegenden Bericht setzt die Sparkasse Mecklenburg – Schwerin die Offenlegungsanforderungen nach §§ 319 bis 337 SolvV in Verbindung mit § 26 a KWG um. Im Offenlegungsbericht wurden neben Werten aus dem festgestellten handelsrechtlichen Jahresabschluss auch Meldedaten per 31. Dezember 2012 verwendet.

In Kapitel 15 werden Informationen zu Vergütungssystemen (§ 7 InstitutsVergV) dargestellt.

Der Offenlegungsbericht mit dem darin enthaltenen Vergütungsbericht wird auf der Internetseite der Sparkasse (www.spk-m-sn.de/Offenlegung) veröffentlicht.

2 Risikomanagement (§ 322 SolvV)

Die Informationen zum Risikomanagement sind im Lagebericht nach § 289 HGB unter Gliederungspunkt „Chancen- und Risikobericht“ offen gelegt.

3 Anwendungsbereich (§ 323 SolvV)

Die Offenlegung gem. SolvV erfolgt auf Einzelinstitutsebene.

4 Eigenmittelstruktur (§ 324 SolvV)

Per 31.12.2012 betrug das modifizierte verfügbare Eigenkapital der Sparkasse bestehend aus Kern- und Ergänzungskapital 126.908 TEUR. Das Kernkapital besteht im Wesentlichen aus der Sicherheitsrücklage in Höhe von 105.203 TEUR.

Weiterhin zählt der Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 14.600 TEUR zum Kernkapital.

Das Ergänzungskapital der Sparkasse besteht aus Vorsorgereserven nach § 340 f HGB sowie einer nachrangigen Verbindlichkeit, die die Anforderungen des § 10 Abs. 5 a KWG erfüllt. Die Ursprungslaufzeit betrug 10 Jahre; die Verzinsung beträgt 4,58 % p. a.. Die Emittentin verfügt über ein (außerordentliches) Kündigungsrecht gem. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG. Gläubigerkündigungsrechte sind ausgeschlossen.

Die im Folgenden dargestellten Eigenmittelinstrumente stellen die aufsichtsrechtliche Betrachtung dar, so dass es zu Differenzen im Vergleich zum festgestellten HGB-Jahresabschluss kommen kann.

Modifiziertes verfügbares Eigenkapital zum 31.12.2012	TEUR
Kernkapital nach § 10 Abs. 2 a KWG	117.178
davon offene Rücklagen (Sicherheitsrücklage)	105.203
davon Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach §340g HGB	14.600
davon Abzugspositionen nach § 10 Abs. 2 a Satz 2 Nr. 2 KWG	500
davon Abzugspositionen nach § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 5 KWG	1.125
davon Abzugspositionen nach § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 6 KWG	1.000
dar.: Wertberichtigungsfehlbeträge und erwartete Verlustbeträge nach § 10 Abs. 6 a Nr. 1 und 2 KWG	-
+ Ergänzungskapital nach § 10 Abs. 2 b KWG	9.730
davon Abzugspositionen gemäß § 10 Abs. 2 b Satz 2 KWG	2.124
davon Beteiligungen gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 5 KWG	1.124
davon Forderungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechten gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 6 KWG	1.000
= Modifiziertes verfügbares Eigenkapital nach § 10 Abs. 1 d Satz 1 KWG und der anrechenbaren Drittrangmittel nach § 10 Abs. 2 c KWG	126.908

5 Angemessenheit der Eigenmittel (§ 325 SolvV)

Die Angemessenheit der Eigenmittel der Sparkasse richtet sich nach den Vorschriften der Solvabilitätsverordnung.

Die Unterlegung des Adressenausfallrisikos erfolgt nach der Methodik des Kreditrisikostandardansatzes. Für sämtliche Marktrisiken werden die aufsichtsrechtlichen Standardmethoden angewendet. Der Unterlegungsbetrag für das operationelle Risiko wird nach dem Basisindikatoransatz ermittelt.

Unser Risikotragfähigkeitskonzept ist so angelegt, dass die regulatorischen Eigenmittelanforderungen gemäß der Solvabilitätsverordnung auch bei vollständiger und gleichzeitiger Inanspruchnahme aller GuV-Risikolimits eingehalten werden. Hierzu verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht nach § 289 HGB unter dem Gliederungspunkt „Chancen- und Risikobericht“.

Kapitalanforderungen nach dem Kreditrisikostandardansatz

Risikopositionen	Eigenkapital- anforderung TEUR
Kreditrisiko	
Sonstige öffentliche Stellen	28
Institute	162
Gedekte Schuldverschreibungen KI	1.993
Unternehmen	15.239
Mengengeschäft	21.106
durch Immobilien besicherte Positionen	11.437
Investmentanteile	1.477
Sonstige Positionen	2.254
Überfällige Positionen	3.097
Risiken aus Beteiligungswerten	
Beteiligungswerte	2.271
Operationelle Risiken	
Basisindikatoransatz	9.558
Eigenkapitalanforderung insgesamt	68.622

Eigenkapitalquote

Unsere Gesamtkapitalquote betrug 14,79 %, unsere Kernkapitalquote 13,66 %.

6 Adressenausfallrisiko Allgemein (§ 327 SolvV)

Die nachfolgenden Übersichten enthalten den Gesamtbetrag der Forderungen, jeweils aufgeschlüsselt nach den Forderungsklassen zum Offenlegungstichtag.

Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten vor Kreditrisikominderung ausgewiesen.

Die nachfolgenden Übersichten wurden ausgehend von den Bilanzwerten des Jahresabschlusses, die einem Adressenausfallrisiko unterliegen, erstellt (§ 19 Abs. 1 KWG). Nicht enthalten sind Beteiligungen, Aktien (ohne offene Zusagen) und stille Einlagen, für die innerhalb dieses Berichtes eigene Offenlegungsanforderungen bestehen sowie anteilige Zinsen, widerrufliche Zusagen, Wertberichtigungen und Vorsorgereserven.

6.1 Bruttokreditvolumen nach risikotragenden Instrumenten und geografischen Hauptgebieten

Da die Beträge am Offenlegungstichtag nicht wesentlich von den Durchschnittsbeständen abweichen, konnte auf eine Darstellung der Durchschnittsbeträge verzichtet werden.

Bruttokreditvolumen in TEUR			
	Kredite, Zusagen u. and. nicht-derivative außerbil. Aktiva	Wertpapiere	Derivative Instrumente
Gesamtbetrag	1.147.319	527.830	0
Verteilung nach bedeutenden Regionen			
Inland	1.146.169	488.027	0
Europa ohne BRD	1.032	39.803	-
Andere Gebiete	118	-	-

6.2 Restlaufzeiten und Hauptbranchen nach kreditrisikotragenden Instrumenten

nach Restlaufzeiten

Restlaufzeiten Angaben in TEUR	Kredite, Zusagen u. and. nichtderivative außerbil. Aktiva	Wertpapiere	Derivative Instrumente
bis 3 Mon.	104.060	31.937	-
3 Mon. bis 1 Jahr	75.832	29.902	-
1 bis 5 Jahre	206.732	282.476	-
>5 Jahre u. unbest. RLZ	760.695	183.515	-
Gesamt	1.147.319	527.830	-



nach Hauptbranchen

Hauptbranchen nach kreditrisikotragenden Instrumenten Angaben in TEUR	Kredite, Zusagen u. and. nichtderivative außerbil. Aktiva	Wertpapiere	Derivative Instrumente
Baugewerbe	52.122	-	-
Beteiligungsgesellschaften	1.148	-	-
Chemische Industrie	87	-	-
Energie und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau	15.822	-	-
Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	9.819	-	-
Finanzierungsinstitutionen u. Versicherungen	9.152	-	-
Gastgewerbe	21.833	-	-
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen	19.020	-	-
Glasgewerbe	494	-	-
Handel, Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	36.066	-	-
Herstellung v. Gummi und Kunststoffwaren	2.370	-	-
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	1.453	-	-
Holzgewerbe, Papier- u. Druckgewerbe, Herstellung v. Möbeln u. sonst. Waren	5.003	-	-
Information u. Kommunikation, Erbringung v. wirtsch. Dienstleistungen	35.671	-	-
Land- und Forstwirtschaft	7.008	-	-
Maschinenbau, Fahrzeugbau, Reparatur u. Installation	12.975	-	-
Metallerzeugung und -bearbeitung	11.101	-	-
sonst. Dienstleistungen	16.537	-	-
sonst. Grundstückswesen	37.841	-	-
Textil- u. Bekleidungsgewerbe, Ledergewerbe	479	-	-
Verkehr u. Lagerei, Nachrichtenübermittlung	9.358	-	-
Vermietung beweglicher Sachen	1.759	-	-
Wohnungsunternehmen	116.993	-	-
Investmentfonds	-	18.935	-
Summe inl. Selbstständige und Unternehmen	424.110	18.935	-
Inl. wirtschaftlich unselbstständige natürliche Personen	615.687	-	-
Inl. Kreditinstitute	86.352	166.566	-
Inl. öffentliche Haushalte	12.602	302.526	-
Inl. Organisationen ohne Erwerbszweck	7.418	-	-
Ausl. Selbstständige und Unternehmen	-	4.950	-
Ausl. wirtschaftlich unselbstständige natürliche Personen	1.150	-	-
Ausl. Kreditinstitute	-	34.853	-
Ausl. öffentliche Haushalte	-	-	-
Gesamt	1.147.319	527.830	-

6.3 Definition „in Verzug“ und „notleidend“ (§ 327 Abs. 1 Nr. 1 SolvV)

Forderungen werden im Rahmen der SolvV und der Rechnungslegung als „in Verzug“ klassifiziert, wenn diese mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage überfällig sind. Der Verzug wird dabei kundenbezogen (§ 125 Abs. 1 Nr. 2 SolvV) ermittelt. Darüber hinaus werden auch Ausfallaspekte i. S. v. § 125 Abs. 1 Nr. 1 SolvV berücksichtigt. Für notleidende Forderungen in Höhe von 17.796 TEUR besteht insbesondere im Hinblick auf die gestellten Sicherheiten oder wegen individueller Rückzahlungsvereinbarungen kein Wertberichtigungsbedarf.

Die Einstufung von Forderungen als „notleidend“ orientiert sich an den Kriterien zur Bildung von Risikovorsorge.

6.4 Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptbranche

Hauptbranchen nach risikotragenden Instrumenten Angaben in TEUR	Gesamt- inanspruch- nahme aus notleidenden Krediten	Bestand EWB	Bestand PWB	Bestand Rückstellun- gen	Nettozuführg./Auf- lösung von EWB/ Rückstellungen	Direktab- schrei- bungen	Eingänge auf abge- schriebene Forderungen	Kredite in Verzug
Baugewerbe	4.379	1.962		-	204			531
Beteiligungsgesellschaften	460	21		304	325			-
Chemische Industrie	-	-		-	-			0
Energie und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau	-	-		-	-			52
Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	1.180	313		9	54			125
Finanzierungsinstitutionen u. Versicherungen	330	231		-	142			40
Gastgewerbe	1.285	804		-	79			213
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen	340	212		-	190			3
Glasgewerbe	209	165		-	29			-
Handel, Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	4.344	1.839		11	236			1.517
Herstellung v. Gummi und Kunststoffwaren	-	-		-	-			-
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	5	2		-	0			32
Holzgewerbe, Papier- u. Druckgewerbe, Herstellung v. Möbeln u. sonst. Waren	53	11		-	98			113
Information u. Kommunikation, Erbringung v. wirtsch. Dienstleistungen	892	610		-	158			98
Land- und Forstwirtschaft	606	265		-	16			371
Maschinenbau, Fahrzeugbau, Reparatur u. Installation	44	20		-	5			177
Metallerzeugung und -bearbeitung	2.424	994		-	968			48
sonst. Dienstleistungen	587	526		-	119			131
sonst. Grundstückswesen	525	228		-	169			48
Textil- u. Bekleidungsgewerbe, Ledergewerbe	6	6		-	1			11
Verkehr u. Lagerei, Nachrichtenübermittlung	1.229	681		82	45			557
Vermietung beweglicher Sachen	788	378		-	378			-
Wohnungsunternehmen	3.498	1.599		-	275			3.020
Investmentfonds								
Summe incl. Selbstständige und Unternehmen	23.182	10.867		405	1.835			7.087
Inl. wirtschaftlich unselbstständige natürliche Personen	14.089	8.330			2.067			3.751
Inl. Kreditinstitute	-	-			-			-
Inl. öffentliche Haushalte	-	-			-			-
inl. Organisationen ohne Erwerbszweck	-	-			-			-
Ausl. Selbstständige und Unternehmen	-	-			-			-
Ausl. wirtschaftlich unselbstständige natürliche Personen	427	300			275			1
Ausl. Kreditinstitute	-	-			-			-
Ausl. öffentliche Haushalte	-	-			-			-
Gesamt	37.698	19.497	3.398	405	4.177	640	450	10.838

6.5 Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptgebiet

Hauptgebiet Angaben in TEUR	Gesamtinanspruchnahme aus notleidenden Krediten 1)	Bestand EWB 1)	Bestand PWB	Bestand Rückstellungen 1)	Nettozuführg./Auflösung von EWB/ Rückstellungen 2)	Direktabschreibungen	Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	Kredite in Verzug 1)
Inland	37.271	19.197		405	3.902			10.837
Europa ohne BRD	427	300		-	275			1
Andere Gebiete	0	-		-	-			-
Gesamt	37.698	19.497	3.398	405	4.177	640	450	10.838

6.6 Bildung und Entwicklung der Risikovorsorge (§ 327 Abs. 1 Nr. 2 SolvV)

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen.

Im Rahmen der handelsrechtlichen Bewertung zum Jahresabschluss wurde dem akuten Ausfallrisiko durch Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Für die Bewertung des bestehenden Ausfallrisikos für kleinstvolumige Forderungen bis 5.000 EUR wurden pauschalisierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Auf den latent gefährdeten Forderungsbestand wurden angemessene Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt, basierend auf den Erfahrungswerten der Vergangenheit. Soweit die Gründe für eine Wertberichtigung nicht mehr bestehen, sind Zuschreibungen (Wertaufholungen) bis zu den Zeit- bzw. Nominalwerten vorgenommen worden.

Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Soweit uns Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen, erfolgt eine außerordentliche Überprüfung. Die Höhe der im Einzelfall zu bildenden Risikovorsorge orientiert sich zum einen an der Wahrscheinlichkeit, mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Notwendige Bewertungsmaßnahmen mit einer voraussichtlichen Höhe ab 25.000 EUR werden unterjährig erfasst und in die Risikovorsorgeplanung einbezogen.

Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten mit ihrem wahrscheinlichen Realisationswert, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch erwartet werden.

Die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Direktabschreibungen werden per Vorschlag kompetenzgerecht entschieden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit und ggf. daraus resultierende Anpassungen. Bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, die eine Kapitaldienstfähigkeit erkennen lassen oder bei einer zweifelsfreien Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten, erfolgt eine Auflösung der Risikovorsorge.

Die Erfassung, Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgt bei der Sparkasse in dem zentralen System ABIT Recht.net der ABIT AG.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgen für allgemeine Bankrisiken nach § 26 a KWG a. F. sowie nach § 340f HGB und § 340g HGB.

In den Arbeitsanweisungen sind die Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorgen geregelt.

Die nachfolgende Übersicht stellt die Entwicklung der Risikovorsorge auf Basis der Daten für die Rechnungslegung dar:

Entwicklung der Risikovorsorge Angaben in TEUR	Anfangs- bestand der Periode	Fortschrei- bung in der Periode	Auflösung	Verbrauch	wechselkurs- bedingte u. sonstige Ver- änderungen	Endbestand der Periode
EWB	23.429	7.269	3.448	7.753	-	19.497
Rückstellungen	53	394	42	-	-	405
PWB	3.002	396	-	-	-	3.398

7 Adressenausfallrisiko Kreditrisikostandardansatz (§ 328 SolvV)

Nachfolgende Tabelle beinhaltet die jeweilige Summe der Positionswerte, die einem festen aufsichtsrechtlichen Risikogewicht zugeordnet sind. Dabei erfolgt die Darstellung der Positionswerte vor und nach Einbeziehung von Kreditrisikominderungseffekten aus Sicherheiten, durch die es zu Verschiebungen zwischen den Risikogewichtsklassen kommt. Datengrundlage sind die Werte zum Meldestichtag 31.12.2012.

Risiko- gewicht in %	Gesamtsumme der ausstehenden Forderungsbeträge (Standardansatz in TEUR)	
	vor Kreditrisiko- minderung	nach Kreditrisiko- minderung
0	519.350	567.727
10	71.294	71.294
20	1.512	12.743
35	408.460	410.210
50	35.731	35.731
70	-	15.641
75	383.282	351.774
90	-	-
98	18.879	18.879
100	283.912	242.201
115	-	-
150	24.945	21.165
190	-	-
200	-	-
250	-	-
290	-	-
370	-	-
1250	-	-
Gesamt	1.747.365	1.747.365
Kapital- abzug	4.749	4.749

Nominierte Agenturen (§ 328 Abs. 1 Nr. 1 SolvV):

Die Sparkasse ermittelt die Eigenkapitalanforderungen im Kreditrisiko-Standardansatz der Forderungskategorien „Staaten“ (hierzu zählen auch Kreditinstitute und von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen) und „Unternehmen“ anhand der Bonitätsbeurteilungen der Ratingagenturen Standard & Poor's Rating Services und Moody's Investors Service. Für Investmentanteile greift die Sparkasse auf die Angaben der Kapitalanlagegesellschaften zurück.

Für die übrigen Forderungsklassen wurden keine externen Ratingagenturen nominiert.

Prozessbeschreibung Ratingübertragung (§ 328 Abs. 1 Nr. 3 SolvV):

Die Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen erfolgt für diese Forderungsklassen auf Grundlage der Bonitätsbeurteilungen der nominierten Ratingagenturen (externe Ratings).

Grundsätzlich wird jeder Emission ein externes Rating zugeordnet. Existiert für eine Forderung kein Emissionsrating, wird geprüft, ob das Rating anderer Emissionen des Schuldners gemäß § 45 SolvV auf die Forderung übertragen werden kann. Ist dies nicht möglich, wird auf ein ggf. vorhandenes externes Rating des Schuldners abgestellt (Emittentenrating). Ansonsten werden die Forderungen im Rahmen der Eigenmittelanforderungen mit pauschalen Anrechnungssätzen berücksichtigt. Die beschriebene Verfahrensweise wird programmtechnisch unterstützt.

8 Adressenausfallrisiko Beteiligungen (§ 332 SolvV)

Die Sparkasse unterscheidet bei ihren Beteiligungen grundsätzlich in Verbundbeteiligungen, sonstige Beteiligungen (außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe) und Kapitalbeteiligungen.

Unter Verbundbeteiligungen sind alle Beteiligungen an Verbundunternehmen zu verstehen. Sonstige Beteiligungen erfolgen aus geschäftspolitischen Gründen. Sie werden nur in Ausnahmefällen eingegangen.

Der überwiegende Anteil der bestehenden Beteiligungen der Sparkasse, sowohl direkte als auch indirekte Beteiligungen, wurde aufgrund langfristiger strategischer Überlegungen eingegangen, um den Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe zu stärken oder eine Zusammenarbeit mit den einzelnen Institutionen in der Region zu ermöglichen. Sie dienen letztlich der Erfüllung des öffentlichen Auftrages durch den Gesetzgeber sowie der Förderung des Sparkassenwesens. Eine Gewinnerzielung steht somit nicht im Vordergrund.

Zur Nutzung von Chancen an den Aktienmärkten besteht für die Sparkasse die Möglichkeit Kapitalbeteiligungen zu erwerben. Diese Möglichkeit wurde im Jahr 2012 in Anspruch genommen. Dabei ergibt sich der beizulegende Fair Value bei börsennotierten Beteiligungen aus dem Schlusskurs am Offenlegungstichtag und entspricht dem Buchwert. Für die Bewertung der nicht börsennotierten Aktien wurde der von der Aktiengesellschaft mitgeteilte und durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigte Nettoinventarwert herangezogen.

Die Bewertung der nicht börsennotierten Beteiligungen erfolgt zu Anschaffungskosten gem. HGB. Dauerhafte Wertminderungen auf Beteiligungen werden abgeschrieben und Zuschreibungen sind bis zur Höhe der Anschaffungskosten möglich. Für die Bewertung der nicht börsennotierten Aktien wurde der von der Aktiengesellschaft mitgeteilte und durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigte Nettoinventarwert herangezogen.

Realisierte Gewinne oder Verluste bzw. Neubewertungsgewinne oder -verluste waren in 2012 in unwesentlicher Höhe zu verzeichnen.

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten Angaben in TEUR	Buchwert	beizulegender Wert (fair value)	Börsenwert
Verbundbeteiligungen	18.540	18.540	-
Sonstige Beteiligungen	11	11	-
Kapitalbeteiligungen	6.683	6.683	1.740
davon: börsengehandelte Positionen	1.740	1.740	1.740

9 Adressenausfallrisiko Verbriefungen (§ 334 SolvV)

Es bestehen am Bilanzstichtag keine Verbriefungspositionen.

10 Kreditrisikominderungstechniken (§ 336 SolvV)

Die im täglichen Geschäftsbetrieb einer Sparkasse eingegangenen Risiken können durch Kreditrisikominderungstechniken in Form von Sicherheiten oder Aufrechnungsvereinbarungen (Netting) reduziert werden.

Von bilanzwirksamen und außerbilanziellen Aufrechnungsvereinbarungen machen wir keinen Gebrauch.

Die Strategie zur Bewertung und Verwaltung der verwendeten berücksichtigungsfähigen Sicherheiten ist als Teil unserer Kreditrisikostategie in ein übergreifendes Verfahren der Gesamtbanksteuerung eingebunden. Die implementierten Risikosteuerungsprozesse beinhalten eine regelmäßige, vollständige Kreditrisikobeurteilung der besicherten Position einschließlich der Überprüfung der rechtlichen Wirksamkeit und der juristischen Durchsetzbarkeit der hereingenommenen Sicherheiten. Um die laufende juristische Durchsetzbarkeit zu gewährleisten wird in der Regel mit Vertragsstandardisierungen gearbeitet. Für die Bewertung der verwendeten berücksichtigungsfähigen Sicherheiten haben wir die Grundsätze in Arbeitsanweisungen eingeführt. Diese entsprechen den Beleihungsgrundsätzen des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie der risikobegrenzenden Maßgaben und Empfehlungen des Ostdeutschen Sparkassenverbandes.

Die Verantwortlichkeit für das Sicherheitenmanagement liegt in der Abteilung Kreditmanagement/Marktfolge und umfasst den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung sowie die Verwaltung der Kreditrisikominderungstechniken.

Die Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung eines Sicherheiteninstruments zur Kreditrisikominderung trifft die Sparkasse im Kontext ihrer Geschäftsstrategie und der Kreditrisikostategie. Folgende Hauptarten von Sicherheiten werden für Zwecke der Solvabilitätsverordnung als Sicherheiteninstrumente risikomindernd in Anrechnung gebracht:



a) Gewährleistungen

- Bürgschaften und Garantien
- Bareinlagen bei anderen Kreditinstituten
- an die Sparkasse abgetretene oder verpfändete Lebensversicherungen und Bausparguthaben

Bei den Gewährleistungsgebern für die von der Sparkasse angerechneten Gewährleistungen handelt es sich hauptsächlich um öffentliche Stellen, Zentralregierungen, Regionalregierungen, örtliche Gebietskörperschaften sowie inländische Kreditinstitute und Unternehmen, die über ein externes langfristiges Rating von mindestens A- (S&P) oder A3 (Moody's) verfügen.

Kreditderivate werden von der Sparkasse nicht genutzt.

b) Finanzielle Sicherheiten

- Bareinlagen in der Sparkasse

Innerhalb der von der Sparkasse verwendeten berücksichtigungsfähigen Sicherungsinstrumente sind wir keine Markt- oder Kreditrisikokonzentrationen mit Adressen aus der Sparkassenorganisation eingegangen.

Die Verfahren zur Erkennung und Steuerung potenzieller Konzentrationen sind im Rahmen der Gesamtbanksteuerung integriert. Aufgrund des diversifizierten Kreditportfolios bestehen derzeit keine Konzentrationsrisiken im Bereich der Sicherungsinstrumente.

Die Sparkasse nutzt zur Absicherung von (privaten) Immobilienfinanzierungen Grundpfandrechte als wesentliches Instrument zur Minimierung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken. Die privilegierten Grundpfandrechte werden im Kreditrisikostandardansatz (KSA) als eigenständige Forderungsklasse berücksichtigt und daher nicht als Kreditrisikominderungstechnik nach der Solvabilitätsverordnung behandelt. Die Bewertung der Grundpfandrechte erfolgt gemäß den Anforderungen des § 35 SolvV i. V. m. § 20 a Abs. 4 bis 8 KWG. Bei der Ermittlung des Sicherheitenwerts werden die Vorgaben der Beleihungsgrundsätze des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Empfehlungen des Ostdeutschen Sparkassenverbandes sowie der BelWertV zu Grunde gelegt.

Für die einzelnen Forderungsklassen ergeben sich auf Basis der Meldedaten zum 31.12.2012 folgende Gesamtbeträge an gesicherten Positionswerten:

Portfolio Angaben in TEUR	Finanzielle Sicherheiten	Garantien u. Kreditderivate
Unternehmen	4.904	35.684
Mengengeschäft	1.409	30.099
überfällige Positionen	165	4.865
gesamt	6.478	70.648

11 Marktrisiko (§ 330 SolvV)

Marktrisiken waren nicht mit Eigenkapital zu unterlegen.

12 Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene (§ 333 SolvV)

Für die Sparkasse relevante Ausprägungen des Zinsänderungsrisikos sind das Zinsspannenrisiko und das Abschreibungsrisiko.

Das Zinsänderungsrisiko wird nach dem Konzept der gleitenden Durchschnitte gemessen und gesteuert. Dabei werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

- Die gleitenden Durchschnitte für das Aktiv- und Passivgeschäft werden gemäß der institutsinternen Ermittlung, die auf den Erfahrungen der Vergangenheit basiert, berücksichtigt.
- Der Basisansatz für die Neugeschäftskonditionen sind die am Markt erzielbaren Margen.
- Die Geschäftsstruktur basiert auf den Annahmen der Mittelfristigen Unternehmensplanung und wird an die aktuelle Geschäftsentwicklung angepasst.
- Hinsichtlich des Kundenverhaltens bei unbefristeten Einlagen (Abrufverhalten) und Krediten (vorzeitige Kreditrückzahlungen) werden Annahmen getroffen.

Zur Ermittlung und Beurteilung der Auswirkungen von Zinsänderungen werden verschiedene Zinsszenarien simuliert (steigende Zinskurve, fallende Zinskurve, steilere Zinskurve, flachere Zinskurve, inverse Zinskurve).

Das Zinsänderungsrisiko wird vierteljährlich gemessen. Hierbei wird eine periodische Bewertung des Risikos vorgenommen.

Darüber hinaus erfolgt regelmäßig die Beurteilung des Zinsänderungsrisikos gemäß Rundschreiben der BaFin 11/2011 (BA). Zum 31.12.2012 ergaben sich folgende Veränderungen des Zinsbuchbarwertes:

Zinsänderungsrisiko gemäß BaFin-RS 11/2011 (BA)		
	+200 Basispunkte	-200 Basispunkte
Veränderung des Zinsbuchbarwertes in TEUR	-5.767	-2.098

13 Operationelles Risiko (§ 331 SolvV)

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Strategische Vorgaben zum Management Operationeller Risiken sind Teil der Risikostrategie. Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen Operationelle Risiken auf ein Minimum zu beschränken, sofern die hierfür nötigen Gegenmaßnahmen unter Kosten/Nutzenaspekten sachgerecht sind. Schadensfälle mit einer Schadensfallsumme ab 1 TEUR werden laufend in einer Schadensfalldatenbank erfasst. Regelmäßig erfolgt eine zentrale Analyse der Datenbank. Darüber hinaus wird über eingetretene Schäden i. R. der vierteljährlichen Risikoberichterstattung informiert.

Für die Ermittlung der erforderlichen Eigenkapitalunterlegung für die Operationellen Risiken nutzt die Sparkasse den Basisindikatoransatz.

14 Derivative Adressenausfallrisiko- und Aufrechnungspositionen (§ 326 SolvV)

Das zur Absicherung gegen allgemeine Zinsänderungsrisiken abgeschlossene Zinsswapgeschäft wurde in 2012 aufgelöst. Somit bestehen am Bilanzstichtag keine derivativen Adressenausfallrisiko- und Aufrechnungspositionen.

15 Informationen zum Vergütungssystem nach § 7 Instituts-Vergütungsverordnung (Vergütungsbericht)

15.1 Qualitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 InstitutsVergV

Allgemeine Angaben zum Vergütungssystem

Die Sparkasse Mecklenburg-Schwerin ist tarifgebunden. Aus diesem Grund findet auf die Arbeitsverhältnisse der Sparkassenbeschäftigten der TVöD-Sparkassen Anwendung. 44,1 % der Beschäftigten erhalten eine Vergütung ausschließlich auf dieser tariflichen Basis, alle anderen Beschäftigten haben eine variable Komponente in ihrer Vergütung.

Geschäftsbereiche

Die Sparkasse verfügt über folgende Geschäftsbereiche:

- a) Vertrieb Privatkunden/Firmenkunden
- b) Betrieb und Stab

Ausgestaltung des Vergütungssystems

Im Geschäftsbereich „Vertrieb Privatkunden/Firmenkunden“ können die Beschäftigten neben der Tarifvergütung in untergeordnetem Umfang Prämien aus einem zielorientierten Vergütungssystem erhalten, dessen Ziele aus der Unternehmensstrategie abgeleitet und im Wege eines durchgängigen Prozesses funktionspezifisch bis auf die Ebene der einzelnen Vertriebseinheiten heruntergebrochen sind.

Zusammensetzung der Vergütungen

Die Beschäftigten der Sparkasse erhalten die tarifliche Vergütung nach dem TVöD-Sparkassen.

Ein Teil der Mitarbeiter erhält eine zielorientierte variable Vergütung, für die angemessene Obergrenzen festgelegt wurden.

Vergütungsparameter

Vergütungsparameter sind die quantitativen und qualitativen Bestimmungsfaktoren, anhand derer die Leistung und der Erfolg der Mitarbeiter/innen gemessen werden. Dabei setzt sich der Gesamtziel-erreichungsgrad aus Teamzielen zu bilanzwirksamen und zu Verbundgeschäften zusammen.

Diese Ziele sind auf einen langfristigen und nachhaltigen Geschäftserfolg ausgerichtet.

Art und Weise der Gewährung

Die Prämien aus einer zielorientierten übertariflichen Vergütung werden jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres als Einmalzahlung ausbezahlt.

Vergütung der Immobilienberater und Versicherungsspezialisten

Die Immobilienberater und Versicherungsspezialisten erhalten neben einer monatlichen tariflichen Vergütung provisionsabhängige variable Bezüge, deren Höhe von in Nebenabreden getroffenen Vereinbarungen abhängig ist.

Vergütung der Abteilungsleiter

Die Abteilungsleiter können neben der Tarifvergütung in begrenztem Umfang eine variable Zulage erhalten, deren Höhe von qualitativen Bestimmungsfaktoren abhängig ist.

Vorstandsvergütung

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der Sparkasse besteht aus einem Grundbetrag, einer Funktionszulage (prozentualer Anteil des Grundbetrages) und einem erfolgsorientierten Anteil.

Einbindung externer Berater

Eine Einbindung externer Berater bei der Ausgestaltung des Vergütungssystems ist nicht erfolgt.

15.2 Quantitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 InstitutsVergV



Geschäftsbereiche	Gesamtbetrag der festen Vergütungen in TEUR	Gesamtbetrag der variablen Vergütungen in TEUR	Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütungen
a) Vertrieb Privat- und Firmenkunden	9.19	500	234
b) Betrieb und Stab	6 8.892	249	52

Erläuterungen zur tabellarischen Darstellung:

Den Geschäftsbereichen a) und b) ist jeweils ein Vorstandsmitglied zugeordnet. Die daraus resultierenden Gesamtbeträge der festen bzw. variablen Vergütungen je Geschäftsbereich werden daher einschließlich der festen und variablen Vergütungsbestandteile des zuständigen Vorstandsmitglieds dargestellt.

Schwerin, den 02.07.2013

Der Vorstand